

## Charles B. Blankart

### WAHLKAMPFKOSTEN 1990



**Charles B. Blankart** ist ifo-Forschungsprofessor, Seniorprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin, Ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern und lehrt an der Bucerius Law School in Hamburg. Er ist Autor zahlreicher Aufsätze sowie des Buches *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*.

Die Freundschaft mit Hans-Werner Sinn begann mit einer Trennung. Hans-Werner kam 1984 nach München, und ich erhielt zum Wintersemester 1985/86 einen Ruf von München an die Technische Universität in Berlin, damals noch Berlin-West.

Der Oktober 1985 bescherte den Berlinern sonnige Herbsttage. Frühmorgens ging die Sonne im Osten auf. Sie grüßte: »Guten Morgen, Genosse Staatsratsvorsitzender. Ich wünsche Ihnen einen guten Tag.« Um die Mittagszeit stand die Sonne weit oben am Himmel. Sie sagte: »Mahlzeit, Herr Staatsratsvorsitzender. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Heute gibt es Kaliningrader Klopse mit Rotkraut, wie gestern.« Am Abend stand die Sonne schon tief am Himmel. Sie sagte: »Guten Abend, Herr Staatsratsvorsitzender: Ich hau jetzt ab in den Westen!« Das war die deutsche Teilung vor 1989. Jeder Ostdeutsche hatte einen stummen Begleiter, den Wessi, neben sich, der ihm zuflüsterte: »Die gute Seife, die du suchst, gibt's

nur im Westen.« Dann verabschiedete sich die Sonne. Sie musste noch zum Bahnhof Zoo, um dort für morgen ihre West-Mark im Verhältnis 1:5 in Ost-Mark umzutauschen. »Nicht zur Ausfuhr bestimmt«, stand auf dem Zettel.

Als die Mauer fiel und sich 1990 die Einheit Deutschlands abzeichnete, waren die Tage der Wechselstube am Bahnhof Zoo gezählt. Es sollte ja nur noch die D-Mark geben. Doch zu welchem Kurs? Bislang durfte die DDR-Exportindustrie 5 OM (Ost-Mark) ausgeben, um dafür 1 DM zu erwirtschaften. Nicht zufällig galt dieser Kurs auch am Bahnhof Zoo. Damit anerkannte die DDR Jevons' Gesetz des einen Preises.

Die ökonomische Logik hinderte die Bundesregierung nicht daran, Jevons' Gesetz zu missachten, als sie sich Anfang 1990 dazu anschickte, die Währungsunion vorzubereiten. Hierfür sollte der »Primat der Politik« gelten! Da tauchte in der Diskussion plötzlich die Formel  $1\text{ OM} = 1\text{ DM}$  auf. Sie verbreitete sich in Windeseile und übte eine magische Kraft aus. Mahnungen der

Ökonomen verhalten wirkungslos. Ihnen blieb nur noch die Möglichkeit, ihre Ansicht durch die Presse zu dokumentieren, damit es nicht dereinst heißt: Die Politik entschied sich so, weil die Ökonomen schwiegen.

Daher veröffentlichte ich am 12. März 1990 einen kurzen Aufsatz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel: »Aufwertung der Ost-Mark um 400 %?« In der Tat steckt zwischen den beiden Kursen von 1:5 und 1:1 eine Spanne von 400 %. Bundeskanzler Helmut Kohl antwortete mir in einem Brief, man müsse den Menschen im Osten eine Chance geben, obwohl er diese mit dem Kurs von 1:1 verunmöglichte.

Doch Kohls Argumentation hatte einen politisch-ökonomisch richtigen Punkt. Zwar hätte jeder Kurs niedriger als 1:1 in Ostdeutschland Arbeitsplätze gerettet. Ein solcher aber gefährdete Kohls Mehrheit in der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. Kohl erkannte, dass er für einen Wahlsieg am 2. Dezember den Ostdeutschen zum 1. Juli 1990 (dem Tag der Währungsumstellung) einen unmittelbaren Kaufkraftzuwachs gewähren musste. Hätte Kohl diese Kaufrauschpolitik nicht verfolgt, so hätte die Opposition die Enttäuschung in der Bevölkerung aufgegriffen und damit vielleicht die Wahl gewonnen.

Hätte Kohl einen Ökonomen gefragt: »Wie erzeuge ich zu geringstmöglichen Kosten einen Kaufrausch?«, so hätte dieser empfohlen: Gewähren Sie Einmalzahlungen. Die kosten weniger als laufende Zahlungen. Kohl hätte sich das vielleicht gemerkt. Er wäre bei Geldvermögen großzügig und bei Löhnen und Gehältern zurückhaltend gewesen. Tatsächlich ging Kohl gerade umgekehrt vor. Löhne und Gehälter wurden 1:1 umgestellt, Geldvermögen (jenseits einer Mindestsumme) im Verhältnis 1:2. Da hätte Kohl viel großzügiger sein können. Er hätte jedem der 17 Millionen Ostdeutschen ei-

nen Betrag von 100 000 Euro, also insgesamt 1,7 Billionen Euro, ausschütten können und hätte dabei die tatsächlichen Wiedervereinigungskosten von 2 Billionen Euro inkl. 80 Mrd. Euro für die Infrastruktur im Osten nicht erreicht.

Doch Kohl zog es vor, die Löhne und Gehälter im Osten hoch anzusetzen, was die Kosten vervielfachte. Mit dieser Politik übertraf er die historisch einmaligen Wahlkampfkosten von 852 589 Gulden, die Kaiser Karl V. im Jahr 1520 für seine Kaiserwahl aufwendete, umgerechnet um das  $10^5$ -Fache.

Die Überlegung von Einmalzahlungen führt zu Gerlindes und Hans-Werners Buch *Kaltstart* (1991). Auch sie empfehlen, die Währungsumstellung mit den Bestandsgrößen statt mit Stromgrößen vorzunehmen. Ihr Plan sieht vor, den ostdeutschen Arbeitern bei der Währungsumstellung Realkapitalanteile aus der ostdeutschen Industrie zu geben, wenn diese dafür auf Lohnforderungen verzichten. Sie schreiben: »Der Kern des Paktes besteht in der Verlagerung des Verteilungsproblems von den Faktorpreisen auf die Erstausstattungen« (S. VIII).

Leider fand der Sinn-Plan nicht die Gnade der Tarifpartner. Ein Blick auf Westdeutschland erklärt auch warum: Franz Steinkühler und seine westdeutsche IG Metall fürchteten die Konkurrenz der Metaller aus dem Osten. Die Wettbewerbsfähigkeit des Ostens sollte durch hohe Kostenbarrieren (raising rival's costs) auf Sparflamme gehalten werden. So setzte Steinkühler in den Tarifverhandlungen von 1990 50 % mehr Lohn für jeden Ost-Metaller durch. Damit kumulierte sich die durch die Währungsunion verursachte und durch die Gewerkschaft erzwungene Lohnsteigerung auf zusammen 650 % (nämlich 400 % durch die Parität von 1:1 und 50 % durch die IG-Metall). Die Rechnung ging auf: Die Bundestagswahl wurde gewonnen, und die Konkurrenz aus den neuen Bundesländern wurde verhindert.